Stand: 15.12.2025 22:01:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8688

"Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8688 vom 27.10.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 28.10.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9932 des VF vom 26.11.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 65 vom 17.02.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.10.2015 **Drucksache 17/8688**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag in schriftlicher und mündlicher Form zu berichten,

1a) wie viele abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber in diesem Jahr bislang bereits aus Bayern abgeschoben wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Monaten sowie im Vergleich zu anderen Bundesländern);

1b) wie hoch die Vergleichswerte aus den beiden Vorjahren (2013 und 2014) sind;

1c) in welche Länder die abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerber abgeschoben wurden,

2a) wie groß die durchschnittliche zeitliche Spanne zwischen Ablehnung des Asylantrags und Abschiebung ist (auch im Vergleich zu anderen Bundesländern);

2b) wie hoch die Vergleichswerte aus den beiden Vorjahren (2013 und 2014) sind;

3a) wie die von der Staatsregierung so bezeichneten „wöchentlichen Sammelrückführungen“ genau organisatorisch funktionieren und verlaufen;

3b) welche Personengruppen Teil der bisherigen „Sammelrückführungen“ gewesen sind (und aus welchen Gründen);

3c) wie die Staatsregierung die “Sammelrückführungen” bislang bewertet (ob bspw. Probleme aufgetreten sind);

3d) ob die Staatsregierung beabsichtigt, die Frequenz der „Sammelrückführungen“ weiter zu erhöhen (und wenn ja, aus welchen Beweggründen);

4a) wie viele Flüchtlinge – zusätzlich zu den in den Fragen zuvor genannten – den Freistaat in diesem Jahr bislang freiwillig verlassen haben;

4b) wie hoch die Vergleichswerte aus den beiden Vorjahren (2013 und 2014) sind.

Begründung:

Die Staatsregierung hat in der Vergangenheit wiederholt angekündigt, abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequenter abschieben zu wollen. So erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann am 20. Oktober 2015: „Wer bei uns als Asylbewerber keine Anerkennung gefunden hat, hat in Deutschland keine Zukunft. Den Weg konsequenter wöchentlicher Rückführungen werden wir weiter beschreiten. Das ist in der Situation, in der wir uns aktuell befinden, dringlicher denn je.“

Um konsequente Abschiebungen zu gewährleisten, aber gleichzeitig rechtsstaatliche und humanitäre Grundsätze zu beachten, hat die Bundesregierung in den vergangenen Monaten mehrere Maßnahmen beschlossen, zuletzt beispielsweise im Rahmen des Gesetzes zur Neuordnung des Bleiberechts, das am 1. August 2015 in Kraft getreten ist.

Der Freistaat Bayern versucht derweil immer wieder, insbesondere verbal, über die Vereinbarungen der Großen Koalition hinauszugehen. Um die Debatte zu versachlichen, wird die Staatsregierung aufgefordert, die Frage nach der derzeitigen Abschiebepraxis in Bayern mit konkretem Zahlenmaterial zu unterlegen sowie zu berichten, wie sich die oft gerühmten „wöchentlichen Sammelrückführungen“ in der Praxis gestalten.

Die SPD-Fraktion unterstützt dabei die Forderung nach zeitnahen Rückführungen, warnt aber dringend davor, diese zu Lasten humanitärer und rechtsstaatlicher Grundsätze auszugestalten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

NIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer I dieses Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Nummer II abstimmen. Wer der Nummer II des Dringlichkeitsantrags seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion und eine Gegenstimme aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Teil des Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Ich gebe noch bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8684 bis 17/8690 und auf der Drucksache 17/8696 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Coburger Bürgerentscheid ernst nehmen - Flächenverbrauch reduzieren! Keine staatlichen Mittel für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes Coburg (Drs. 17/7274)

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Ganserer steht schon am Rednerpult. Bitte sehr, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bestehende Verkehrslandeplatz Coburg-Brandensteinsebene verfügt über eine dauerhafte Betriebsgenehmigung und könnte gegebenenfalls auch noch ertüchtigt werden.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Dadurch ist die Region Oberfranken-West ausreichend an den Luftverkehr angeschlossen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes an dem Standort Meeder-Neida gibt es keinen erkennbaren und nachgewiesenen Bedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Gegen den Neubau sprechen noch zahlreiche andere Gründe. Die enorme Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche, die Eingriffe in die Schutzgüter Boden und Wasser, die Beeinträchtigung geschützter Arten, die Belastung der Anwohner durch Lärm und Luftschadstoffe führen dazu, dass dieses Projekt nicht genehmigungsfähig ist.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Deswegen haben sich 68 % der Wählerinnen und Wähler, also eine überwältigende Zweidrittelmehrheit, beim Bürgerentscheid am 14. Juni dieses Jahres für einen Austritt des Landkreises Coburg aus der Projektgesellschaft VLP Coburg GmbH ausgesprochen und damit gegen den geplanten Verkehrslandeplatz am Standort Meeder-Neida gestimmt.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Aufgrund der veralteten Zahlen und der nicht berücksichtigten Punkte sind die Bau- und die Planungskostenschätzungen viel zu niedrig angesetzt. Der geplante Neubau würde die ohnehin hoch verschuldete Stadt daher einem unkalkulierbaren Haushaltsrisiko aussetzen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wie bitte? Welche Stadt?)

Doch der Coburger Stadtrat hält in einer unbelehrbaren Allianz aus SPD und CSU trotz all dieser Sachargumente an diesen Plänen fest.

(Jürgen W. Heike (CSU): Oh!)

Die Unbelehrbarkeit gipfelte kürzlich in der undemokratischen Entscheidung, sich bis zum Jahr 2025 an die Projektgesellschaft zu binden und damit ein Bürgerbegehren auszubremsen, welches diesen Irrsinn stoppen wollte.

Doch die Stadt Coburg wird nicht nur von den Unternehmen in dieses Wagnis getrieben, nein, es sind auch die in Aussicht gestellten staatlichen Fördermittel von bis zu 15 Millionen Euro,

(Jürgen W. Heike (CSU): Richtig!)

die in dieses Wagnis locken. Wir fordern daher die Staatsregierung auf, den Bürgerwillen ernst zu nehmen und die in Aussicht gestellte Förderzusage zurückzuziehen.

Seit der Sommerpause ist ein weiteres Argument hinzugekommen; denn das zuständige Luftamt Nordbayern hält den geplanten Neubau aus luftrechtlichen Gründen für nicht genehmigungsfähig.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Über die Frage, mit welcher Rechtfertigung die CSU-Regierung die Entscheidung des zuständigen Luftam-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.11.2015 **Drucksache** 17/**9932**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**8688**

Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: **Florian Ritter**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 42. Sitzung am 26. November 2015 beraten und aufgrund des in der Sitzung mündlich gegebenen Berichts der Staatsregierung für e r l e d i g t erklärt.

Franz Schindler
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 29 der Anlage zur Tagesordnung. Dies ist der Antrag betreffend "Landesbeauftragten für Tierschutz in Bayern einrichten" auf der Drucksache 17/8959, der auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. Dezember 2015 (Vf. 11-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 185/I „Unterer Wöhrd“ der Stadt Regensburg vom 21. November 1983
PII-G1310-15-0012
Drs. 17/9908 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

   Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Dezember 2015 (Vf. 18-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 82 und 83 Abs. 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-I), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 24. Juli 2015 (GVBl. S. 296) geändert worden ist
PII-G1310-15-0013
Drs. 17/9909 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

   II. Der Antrag ist unbegründet.

   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Dezember 2015 (Vf. 20-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 22 Abs. 4 Satz 1 sowie Abs. 5 Sätze 1 und 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz - BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl. S. 230, BayRS 2030-1-2-K), das zuletzt durch § 1 Nr. 60 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist
PII-G1310.15-0015
Drs. 17/9910 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. Dezember 2015 (Vf. 19-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 103 Abs. 12 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, ber. S. 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 5 des Gesetzes vom 24. Juli 2015 (GVBl. S. 266) geändert worden ist
PII-G1310.15-0014
Drs. 17/9911 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 7. Januar 2016 (Vf. 21-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans „Südlich der Pöltner Kirche II, Teilbereich 1“ der Stadt Weilheim i. OB
PII-G1310.15-0016
Drs. 17/9912 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Januar 2016 (Vf. 1-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 38 und 40 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-K), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 22. Mai 2015 (GVBl. S. 167) geändert worden ist
PII-G1310.16-0001
Drs. 17/9913 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerisches Förderprogramm für dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen
Drs. 17/5498, 17/9789 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Teilzeitarbeit in Werkstätten für behinderte Menschen
Drs. 17/7869, 17/9853 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Frauen in Not I - Frauen auf der Flucht
Drs. 17/8303, 17/9708 (A)

Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Geräuschemissionsgrenzwerte für Laubbläser und Laubsammler einführen
Drs. 17/8405, 17/9713 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

Die SPD-Fraktion hat beantragt das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher u.a. SPD
Endlich Rechtssicherheit und bessere Aufklärung bei der Verabreichung von Medikamenten und Durchführung medizinischer Hilfsmaßnahmen durch Lehrkräfte im Grundschulbereich
Drs. 17/8459, 17/9923 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Neubewertung von Biberschäden im Forstbereich
Drs. 17/8528, 17/9725 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Freies WLAN in Bayern: Bürgernetze ausbauen und weiter stärken!
Drs. 17/8637, 17/9788 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufbau eines bayerischen Förderkonzepts „Beratung und Unterstützung von Gewalt betroffenen traumatisierter Flüchtlingsfrauen“
Drs. 17/8638, 17/9709 (A)

Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

15. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Aktuelle Entwicklungen bei der Bekämpfung der Varroa-Milbe
Drs. 17/8670, 17/9726 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Modellprojekt „Seiteneinsteiger“ ausweiten
Drs. 17/8713, 17/9928 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Arif Tasdelen, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
Drs. 17/8715, 17/9943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Florian von Brunn, Horst Arnold u.a. SPD
Bericht über unlauteren Wettbewerb und unseriöse Geschäftspraktiken von Inkassodiensten
Drs. 17/8718, 17/9934 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Die Entwicklung der Europaregion Donau-Moldau langfristig unterstützen – Kommunen durch eigene Trägerschaft des Freistaates bei der Vernetzung stärken
Drs. 17/8881, 17/9953 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Herbert Woerlein u.a. und Fraktion (SPD)
Anhörung zur Situation der Tierheime in Bayern
Drs. 17/8883, 17/9728 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner u.a. CSU
Telearbeit bei der bayerischen Polizei
Drs. 17/8902, 17/9933 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Verantwortung für unsere Gewässer I
Drs. 17/8905, 17/9964 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Verantwortung für unsere Gewässer II
Drs. 17/8906, 17/9972 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Verantwortung für unsere Gewässer III
Drs. 17/8907, 17/9965 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Bayerische Interessen bei Novellierung der TA Luft wahren
Drs. 17/8920, 17/9729 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	A

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Grenzübergang Simbach-Braunau
Drs. 17/8937, 17/9710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	ENTH

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grenzübergänge Österreich - Bayern
Drs. 17/8954, 17/9711 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Kooperation Bayern-Tunesien
Drs. 17/8956, 17/9946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesbeauftragte/n für Tierschutz in Bayern einrichten
Drs. 17/8959, 17/9730 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Rückbau und Renaturierung von Skigebieten
Drs. 17/8983, 17/9937 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

31. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Auswirkungen von Freizeitverhalten und Sport auf Natur und Umwelt in den bayerischen Alpen
Drs. 17/8984, 17/9731 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

32. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Ökologische und geologische Auswirkungen von künstlicher Beschneiung in Bayern
Drs. 17/8986, 17/9732 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Mit entwicklungspolitischer Partnerschaft Fluchtursachen bekämpfen
Drs. 17/8990, 17/9955 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparenz beim Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan herstellen
Drs. 17/9058, 17/9954 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
FGM-Glukosemesssysteme für Diabetiker
Drs. 17/9062, 17/9973 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Umweltbezogene Allergien bei Kindern
Drs. 17/9063, 17/9733 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Martin Schöffel u.a. CSU
NERC-Richtlinie machbar ausgestalten
Drs. 17/9093, 17/9966 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

38. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Walter Taubeneder u.a. CSU
Bekämpfung von Fluchtursachen
Drs. 17/9151, 17/9956 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Landwirtschaft vor Preisdumping besser schützen - Bundeskartellamt stärker in die Verantwortung nehmen
Drs. 17/9228, 17/9787 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerische Lebensmittel sind mehr wert - Dumpingpreise im Lebensmitteleinzelhandel zum Schutz der mittelständischen Strukturen dauerhaft verhindern!
Drs. 17/9258, 17/9786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Umstrukturierung der Polizeidienststellen in Selb
Drs. 17/9685, 17/9799 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

42. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern Barrierefrei 2023 III – Öffentlichkeitskampagne starten und zentrales Informationsportal einrichten
Drs. 17/6949, 17/9852

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber
Drs. 17/8688, 17/9932

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen,

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

44. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Sofortige Aufklärung des Säure-Unfalls in einem Betrieb der Firma Bayern-Ei
Drs. 17/9358, 17/9914

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz,

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

45. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
EU-Feuerwaffenrichtlinie
Drs. 17/9528, 17/9962

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport,

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

46. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Freisinger Appell umsetzen, Wohnungsnot bekämpfen
Drs. 17/7760, 17/9947 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z